

KOMMENTAR

Eine Frage des Vertrauens



Von Markus Sievers

Erst will er das Steuersystem umbauen und bastelt am Soli und den Tarifen der Einkommensteuer herum. Jetzt macht er sich an die Schuldenbremse. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) entfaltet nach jahrelangem Reform-Stillstand eine erstaunliche Aktivität. Allerdings sollte niemand erwarten, dass die vielen derzeit kursierenden Vorschläge schnell umgesetzt werden. Sie sind Verhandlungsmasse in den schwierigen Gesprächen über den künftigen Länderfinanzausgleich.

Für Korrekturen an der Schuldenbremse gibt es Argumente. Nicht nur außerhalb Deutschlands wird diskutiert, ob es gut sein kann, wenn die stärkste

Schäubles Idee hat große Tücken

Wirtschaft in der Euro-Zone derart hart auf die Bremse tritt. In den Bundesländern spüren die Politiker, wie stark die Regel im Grundgesetz ihre Entscheidungsfreiheit einschränkt. Insofern hat Schäubles Idee Charme, den Ländern mehr und dem Bund weniger Spielraum zu lassen. Unterm Strich würde die Bundesrepublik nicht mehr Kredite aufnehmen.

Und doch hat der Vorschlag seine Tücken. Wenn eine Schuldenbremse Sinn macht, dann liegt der darin, Vertrauen in die Haushaltspolitik eines Landes zu schaffen und die Nachhaltigkeit der Konsolidierungsbemühungen zu unterstreichen. Dazu passt nicht, die Vorschriften bei der ersten Gelegenheit zu korrigieren. Das hat auch das Grundgesetz nicht verdient, an dem die Politik nicht ständig herumfrickeln darf. Seite 16

Bahnpreise stabil

Konkurrenzdruck durch Fernbusse

Die Bahn will die Preise im Fernverkehr für die große Mehrheit der Kunden nicht erhöhen. Konzernchef Rüdiger Grube sagte der „Bild-Zeitung“ mit Blick auf den Fahrplanwechsel Mitte Dezember: „Im Fernverkehr bleiben die Preise für die große Mehrheit unserer Kunden stabil.“ Grund dafür ist offenbar die wachsende Konkurrenz durch die Fernbusse. Grube betonte, derzeit würden sich die Fernbus-Betreiber gegenseitig mit immer neuen Angeboten Konkurrenz machen. „Doch damit verdient keiner Geld“, sagte Grube.

Der Bahn-Chef kündigte zudem eine Reform des Buchungssystems und die Abschaffung bestimmter Zuschläge an. dpa

Was für eine Welt! Da produzieren reiche Länder immer kostspieligere Waffen, liefern sie in alle Welt und entrüsten sich, wenn sie dort zum Einsatz kommen!

Da können angeklagte Milliardäre sich durch Millionen-Zahlungen von einem Gerichtsverfahren freikaufen und fortan als unbescholten gelten!

Da verdoppeln sich in Demokratien die Zahlen der Multi-Millionäre und Milliardäre in immer kürzeren Zeitabständen, während Anpassungen im Sozialbereich jahrelanger Auseinandersetzungen bedürfen!

Wer auf all das eine Antwort sucht, findet sie vielleicht schon im Vergleich der eher linearen Entwicklung der Wirtschaftsleistung mit der eher exponentiellen Zunahme der Geldvermögensbestände! (siehe Grafik). So wurde zum Beispiel die Wirtschaftsleistung in Deutschland, das nominelle BIP, von 1950 bis 2010 auf das 50-Fache gesteigert, während in der gleichen Zeit die gesamten Geldvermögen auf das 256-Fache förmlich explodierten.

Diese Geldvermögen müssen dann, zur Schließung des Kreislaufs, in möglichst gleichem Umfang wieder über Kredite in die Wirtschaft zurückgeführt werden, was jedoch – wie die letzten Jahrzehnte zeigen – mit zunehmenden Überschuldungsproblemen verbunden ist. Das gilt vor allem für die Staaten, die immer mehr zur Aufnahme jener Überschüsse gezwungen sind.

Ursache dieser im Übermaß zunehmenden Geldvermögen und damit wiederum der Schulden, ist jedoch weniger die Ersparnisbildung der Bürger aus ihren Arbeitseinkommen, sondern vielmehr jener zinsbedingte Vermehrungsautomatismus, den der Ökonom Bert Rürup in seiner Berliner Zeit einmal als das „8. Weltwunder“ bezeichnet hat.

Das heißt: Im Durchschnitt der 50er Jahre lag die Zunahme der Geldvermögen durch Zinsgutschriften erst bei 17 Prozent pro Jahr und stammte damit weitgehend noch aus den laufenden Neu-Ersparnissen der Bürger. Bis Anfang der neunziger Jahre hatten sich diese Relationen jedoch völlig umgekehrt und die Ausweitung der Geldvermögen resultierte bereits zu 80 Prozent (!) aus den Zinseinkommen. Und damit letztlich aus den Taschen jener, die dieses zinsbedingte Vermögenswachstum mit jeder Geldausgabe finanziert hatten.

Denn alle von uns bezahlten Preise in der Wirtschaft setzen sich nicht nur aus den jeweils aufgewendeten Personal- und Materialkosten zusammen, sondern ebenso aus den produktionsbedingten Kapitalkosten, den Zinsen, gleichgültig, ob aufgenommenes oder eigenes Geld zum Einsatz kommt. Und das heißt wiederum: Mit dem zinsbedingten ständigen Überwachstum der Geldvermögen – und deren Rückführung über Kredite in den Wirtschaftskreislauf – nehmen die



Geld ist nicht nur ein Tauschmittel: Wer viel Geld hat, kann es verleihen und daraus mehr Geld machen. Er

lässt andere für sich arbeiten.

GASTBEITRAG

Die erdrückende Last des Zinses

Nur für die obersten zehn Prozent ist der Zins ein positives Geschäft. Alle anderen Bürger zahlen drauf. Damit läuft eine gewaltige Umverteilung zu den Reichen. Die Belastung für die Bürger wird immer größer.

HELMUT CREUTZ



WAS IST GERECHT? Das ist unser Thema.

Grund ist die ungleiche Vermögensverteilung.“

Hinzuzufügen wäre allerdings noch, dass die Arbeitseinkommen durchweg nur bei gesteigerten eigenen Leistungen zunehmen, die Vermögens Einkommen jedoch immer auf Kosten anderer! Die Folge ist, dass die Löhne nur verzögert mit der Wirtschaftsleistung steigen, die Kapitaleinkommen, verursacht durch den zinseszinsbedingten Selbstvermehrungseffekt, dagegen gewissermaßen „im Quadrat“. Diese steigenden Lasten für die Zinszahlun-

gen tragen letztlich die Bürger. Denn sowohl der Staat als auch die Wirtschaft geben sie weiter: über die Preise, über Steuern und Gebühren.

Auch wenn in der momentanen Krise, als Folge der radikalen Zinssenkungen der Zentralbanken, die Zinslasten und Zinseinkommen deutlich gefallen sind – so zum Beispiel die Zinserträge der Banken von 433 Milliarden Euro 2008 auf 267 Milliarden 2012 –, bleibt das Gros aller mittel- und längerfristigen Zinsvereinbarungen noch lange auf dem alten Stand.

Das heißt, man kann davon ausgehen, dass die zu tragenden Zinslasten, im Durchschnitt aller Haushaltsausgaben, immer noch bei etwa 30 Prozent liegen! Und bei besonders kapitalintensiven Investitionen mit langer Lebensdauer, wie zum Beispiel allen Gebäuden und damit auch den Wohnungsmieten, liegt der Zinsanteil sogar noch um die Hälfte höher! Selbst in den staatlich vorgegebenen Kostenmietberechnungen im sozialen Wohnungsbau wurden diese Zinsanteile schon in den

ZUR PERSON

Der Autor: Helmut Creutz ist der vermutlich bekannteste deutsche Zinskritiker. Er hat eine bewegte Vita. Geboren 1923 in Aachen, hatte er zunächst das Berufsziel Ingenieur. Mit 18 in die Armee eingezogen und als Fluglehrer in Süddeutschland, geriet nach Kriegsende in russische Gefangenschaft. 1949 wurde er in einem Betrieb für Innenausbau eingestellt, wo er sich bis zum Betriebsleiter hocharbeitete. Ab 1972 war er als Schriftsteller und freier Architekt tätig. Seit 1982 ist er Wirtschaftsanalytiker und Publizist. Er untersucht den Zusammenhang zwischen Geld, Gesellschaft und Wirtschaft. Sein Hauptwerk ist das Buch „Das Geldsyndrom“. FR

ersten Nachkriegs-Jahrzehnten mit mehr als 60 Prozent zugrunde gelegt. Und das nicht zuletzt auch deshalb, weil – über die Bauwerk-Kosten hinaus – auch der meist teure Boden, ob gepachtet oder im Eigentum, als Sachkapital über die Zinsen mitverzinst werden muss.

Zieht man für die Zinsbelastung einmal die Größe der Bankzinserrträge heran und beachtet, dass die Schulden deutlich schneller gewachsen sind als die Einkommen,

dann musste ein Haushalt 1950 im Schnitt 102 Euro Zinsen bezahlen, was sechs Prozent seines Einkommens entsprach. Diese Summe lag 2010 bereits bei 11 400 Euro oder 28 Prozent des Einkommens. Rechnet man diese Prozentzahlen in Arbeitszeiten um, dann musste jeder Erwerbstätige 1950 etwa drei Wochen für die Zinsbedie-

„1950 musste jeder Erwerbstätige etwa drei Wochen für die Zinsbedienung arbeiten, 2010 waren es bereits 15 Wochen.“

nung arbeiten, 2010 waren es bereits 15 Wochen, also mehr als ein Vierteljahr. Und dies nur bezogen auf die Schulden-Zinslasten, während die ebenfalls in die Preise eingehenden Verzinsungen des schuldenfreien Sachkapitals damit nicht erfasst sind!

Wenn man den Sachverhalt nach zehn gleich großen Haushaltsgruppen analysiert, dann verfügten noch in den 80er Jahren alle zehn Gruppen über Vermögen und Vermögenseinkommen, wenn auch schon in sehr unterschiedlicher Höhe. Inzwischen aber fallen die ersten vier Gruppen als Vermögens-Besitzer völlig „unter den Tisch“ und damit entsprechend auch als Zinsbezieher. Erst ab der fünften Gruppe fallen überhaupt Zinseinkommen an, liegen aber, bis zur neunten Gruppe, immer noch unter den Zinslasten. Das heißt, die positiven Zinsergebnisse konzentrieren sich per saldo nur noch bei dem reichsten Zehntel der Haushalte – und das dann in entsprechenden Größenordnungen!

Die häufig zu lesenden Schreckensmeldungen von der Gefährdung der Alters-Renten durch sinkende Zinsen, lösen sich deshalb bei genauer Betrachtung in Wohlgefallen auf. Denn das Gros der Haushalte wird durch jede Senkung der Zinsen – die wie gesagt in allen Preisen stecken – entlastet!

Nachteile ergeben sich nur für das Zehntel der Gewinner-Haushalte!

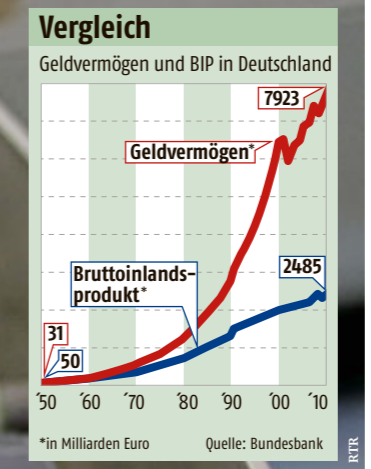
Dass die hier dargelegten Probleme mit sinkenden Zinssätzen erträglicher werden, dürfte nachvollziehbar sein. Ebenfalls, dass dieser Vorgang zweifellos zuerst einmal eine Senkung jener Leit-

zinsen voraussetzt, mit denen die Notenbanken die Banken – und über diese wiederum die Wirtschaft – bei Bedarf mit Zentralbankgeld versorgen.

Aber ist das genug? Wie können wir erreichen, dass dieser Weg der Zinssenkungen, der heute zweifellos zu noch mehr Bargeldhortungen und damit Inflationsgefahren führen dürfte, keine negativen Folgen hat? Hier hilft nur die Erkenntnis weiter, dass das Geld – also jenes von der Zentralbank bereits dosiert vergebene Zahlungsmittel – eine „Öffentliche Einrichtung“ ist, die jeder nutzen, aber niemand vermehren oder blockieren darf!

Das heißt, nicht nur die Leit-zinsen für den relativ kleinen Kreislauf des Geldes zwischen Zentralbank und Banken muss abgesenkt werden, sondern auch die Marktzinssätze müssen gesenkt werden, die sich aus den oftmals größeren und ständig wachsenden Reichtumsbildungen der Bürger bei Banken und Börsen sowie den sich daraus vergebenden Krediten ergeben! Also jene Zinsen, die man für die Freigabe des immer knappen Geldes inbarer Form bei den Banken erhält und die von den Bürgern – soweit die Geld übrig – durch künstliche Blockierungen dieser Geld-Freigabe noch in die Höhe getrieben werden können!

Das heißt, ähnlich wie man die Blockierungen öffentlicher Straßen oder Parkplätze durch Gebühren eingrenzt, müsste dies auch bei der öffentlichen Versorgung der Wirtschaft mit Geld geschehen. Man müsste die Bargeldhaltung – und damit die ent-



LEONHARD FOEGER/RTX

scheidende Größe des Zentralbankgeldes innerhalb der Wirtschaft – mit Kosten verbinden, was durch gelegentlichen Einzug und Umtausch einzelner Stückelungen ebenso möglich wäre, wie durch eine regelmäßig erhobene „Geldhaltegebühr“. Kurz: Es geht nicht um eine „Abschaffung“ oder ein „Verbot der Zinsen“ wie manchmal zu hören ist, sondern nur um einen möglichst gleichbleibenden Umlauf des Geldes, der auch bei Zinsen um null weiterhin funktioniert.

In notwendigen Wachstumsphasen kann diese Sicherung des Umlaufs über geringe positive Zinsen durchaus sinnvoll sein. In Sättigungsphasen jedoch müssten die Zinssätze im Mittel marktgerecht gegen null sinken und diese Grenze gegebenenfalls auch unterschreiten können. Das heißt, der Zins – der Leihpreis des Geldes – müsste mittelfristig um Null pendeln, vor allem damit unsere Volkswirtschaften – auch ohne ständiges Wirtschaftswachstum – sozial gerecht funktionieren.

Eine solche Geldhalte- oder „Umlaufsicherungs-Gebühr“ haben wir heute zwar in Ansätzen bereits in der allgemeinen Inflation. Sie wird deshalb bis heute von den Notenbanken immer noch eingeplant, wenn auch inzwischen von der EZB nur noch mit einem Satz von „unter, aber nahe zwei Prozent“. Diese geringen Entwertungen des Geldes wirken zwar in die gewünschte Richtung, haben aber zu vielen negativen Nebenwirkungen. Das vor allem, weil die mit Inflationen verbundenen Substanz-Verluste meist durch erhöhte Zinsforderungen bei der Geld-Freigabe ausgeglichen werden.

Richtig wäre also jener Weg, den die von Gesell ausgehende Freiwirtschafts-Schule schon seit fast hundert Jahren vertritt und die auch bereits von Keynes als sinnvoll anerkannt wurde: eine Gebühr auf die Bargeldhaltung, die ja – durch die heute noch möglichen künstlichen Verknappungen des Umlaufs – die Ursache der ständig positiven Zinsen ist! Das heißt, es geht letztlich nur darum, die Nutzung des Geldes zu verstetigen und von allen Geldblockierungen und Zins-Erpressungen zu befreien.

Als praktikable Lösung für eine solche Reform bieten sich in unseren Tagen zum Beispiel Geldscheine mit Magnetstreifen an, so dass an den Kassen der jeweiligen zeitbezogene Wert des Scheins ausgewiesen und die Differenz als „Geldhaltekosten“ in Abzug gebracht werden kann. Ein Vorschlag, mit dem die unsäglich großen und problembeladenen Hortungen des Geldes ebenso überwunden werden könnten wie die daraus resultierenden Armut-Reichtums-Gegensätze.

20 Prozent weniger Personal

Karstadt stellt Konzept vor

Von Frank-Thomas Wenzel

Die Karstadt-Geschäftsführung will Kosten massiv drücken, plant aber zugleich Investitionen, um rentable Standorte noch attraktiver zu machen. So lassen sich die Eckpunkte des Umbaukonzepts zusammenfassen, die das Management am Donnerstag dem Aufsichtsrat und am Freitag Filialleitern und Betriebsräten vorlegte.

In einer Mitteilung des Konzerns wird nur eine einzige konkrete Zahl genannt. Da heißt es: Wettbewerber agierten „mit über 20 Prozent weniger Personal auf vergleichbarer Fläche deutlich erfolgreicher“. Insider bewerten dies als zentrale Vorgabe für die bevorstehenden Verhandlungen mit den Arbeitnehmervertretern. Oberste Priorität hat offenbar, die Personalkosten erheblich zu senken. 20 Prozent weniger Personal würde die Streichung von mehr als 3000 Jobs bedeuten. Derzeit sind noch etwa 17000 Frauen und Männer bei Karstadt mit seinen 83 Filialen beschäftigt.

Die Gewerkschaft Verdi will indes nichts vom Stellenabbau wissen: „Wir werden weitere Entlassungen oder mögliche Häuserschließungen nicht einfach hinnehmen“, sagte Stefanie Nutzberger vom Verdi Bundesvorstand. Statt Arbeitsplätze zu vernichten, müsse es darum gehen, Umsätze zu steigern.

Doch genau bei diesem Punkt kommt das Karstadt-Management der Gewerkschaft entgegen. Von „Ertragssteigerungen“ ist die Rede, die unter anderem durch die „Berücksichtigung regionaler Sortimentsanforderungen“ erreicht werden sollen. Genau das hat Verdi schon mehrfach vehement gefordert.

Das René Benko, der neue Eigentümer der Warenhauskette, es mit der Aufwertung von Standorten ernst meint, lässt sich an den Plänen für seine drei Nobelhäuser KaDeWe (Berlin), Alsterhaus (Hamburg) und Oberpollinger (München) ablesen. Sie gehören zu einer von Karstadt unabhängigen Gesellschaft, die künftig KaDeWe Group heißt. Geschäftsführer André Maeder sagte Mitte der Woche dem Handelsblatt, er denke über die Eröffnung weiterer exklusiver Häuser nach. Joachim Stumpf, Geschäftsführer der BBE Handelsberatung, hält es für möglich, dass sich bundesweit bis zu zehn KaDeWe-Filialen etablieren können, etwa in Frankfurt, Köln, Düsseldorf, Leipzig und Dresden.

Wie es hingegen um die Zukunft von Karstadt-Filialen in der Provinz steht, ist völlig offen. Wie viele Standorte die Geschäftsführung letztlich schließen will, dürfte stark von den Verhandlungen beim allgemeinen Stellenabbau abhängen.

Gewerkschaft erteilt Absage